

## Sicherheitskräfte in einem modernen Staat

Fazitbericht | 9. FSS Security Talk vom 27. Oktober 2021, Hotel Bellevue Palace, Bern

Wie wirken sich gesellschaftliche Veränderungen und andere Einflussfaktoren auf die Arbeit der Sicherheitskräfte aus? Welches sind die grössten Gefahren für die öffentliche und private Sicherheit? Welche Chancen und Risiken bringen neue Technologien und Datenanalysen für die Polizeiarbeit? Wie sollen die Kompetenzen im Sicherheitsbereich zwischen staatlichen und privaten Akteuren und zwischen den verschiedenen Staatsebenen organisiert werden und wie funktioniert ihre Zusammenarbeit?

Diesen und weiteren Fragen gingen namenhafte Experten, wie **Thomas Würgler** (ehem. Kommandant Kantonspolizei Zürich, heute Partner bei Umbricht Rechtsanwälte), **Dr. Matthias Leese** (Senior Researcher am Center for Security Studies, ETH), **Moritz Oberli** (Managing Partner, bei EY Switzerland), **Eva Hürlimann** (Inhaberin des Institut Vivacitas) und **Armin Berothold** (Präsident des Verbandes Schweizerische Sicherheitsdienstleistungsunternehmen, VSSU) am 9. FSS Security Talk nach. Diskutiert wurde über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für Sicherheitskräfte. Dabei ging es um aktuelle Themen wie Cyberkriminalität, die Kompetenzverteilung zwischen privaten und öffentlichen Sicherheitskräften, aber auch um die Schweiz als im europäischen Vergleich hochsicheres Land. Dr. Matthias Leese fasste die Situation der Schweiz sehr gut zusammen, indem er festhielt: «Die Schweiz mit ihrem föderalistischen System besitzt einen sehr hohen Koordinationsbedarf. Man sieht aber auch, dass in der Schweiz viel Koordination passiert, um diesen hohen Bedarf gerecht zu werden.» Insgesamt waren sich die Teilnehmer einig, dass die Schweiz gut dasteht, gerade aber in den Bereichen Cyber- und Wirtschaftskriminalität auch noch einiges zu tun hat.

Die beiden Inputreferate und die angeregte Paneldiskussion danach boten den 90 Teilnehmenden höchst interessante Einblicke in die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen der Inneren Sicherheit der Schweiz. Mit einer gelungenen Diskussion und anschliessendem Apéro endete der hochspannende 9. FSS-Security Talk mit 90 interessierten Gäste.

### Sicherheitskräfte in einem modernen Staat – Regulierungsbedarf?

Den Reigen der zwei Keynote-Referaten eröffnete **Dr. Matthias Leese**, Senior Researcher am Center for Security Studies an der ETH Zürich. Gleich zu Beginn betonte er, dass die Thematik sowohl sehr wichtig als auch vielschichtig sei. Er habe sein Referat entsprechend dem Titel der Veranstaltung aufgebaut. Er vertrat dabei die These, dass es in der heutigen Schweiz einen **starken Regulierungsbedarf** gebe bezüglich der **Arbeitsteilung von staatlichen und privaten Sicherheitskräften**.

Um dies zu veranschaulichen, begann Dr. Leese mit einem Blick in die Vergangenheit. Wenn man sich fragt, wer für Sicherheit verantwortlich ist, dann würden die meisten intuitiv den **Staat nennen, vertreten durch seine Sicherheitsbehörden**. Nach aussen hin bedeutet Sicherheit Gefahrenabwehr und die Wahrung der territorialen Integrität, Aufgaben, welche das Militär, der Grenzschutz und die Geheimdienste wahrnehmen. Nach innen bedeutet die Sicherheit **Aufrechterhaltung der inneren Ordnung** und die **Durchsetzung der Rechtsordnung**, grob gesprochen der Aufgabenbereich von Polizei und Justiz.

### Locke und Hobbes - Vordenker und Begründer der Inneren Sicherheit

Ideengeschichtlich sind es genau diese Aufgaben, die zentral waren für die **Begründung der Legitimation des Staates**. **Thomas Hobbes** begründete die Notwendigkeit des Staates im 17.

Jahrhundert mit der Tatsache, dass der Mensch allein nicht fähig sei, mit seiner Umwelt in Frieden zu leben und deshalb von einer **weitreichenden, staatlichen Gewalt im Zaum** gehalten werden muss. Am Beispiel des hobbeschen Leviatans zeigte Dr. Matthias Leese auf, dass in diesem Konzept der Staat die **absolute geistliche und weltliche Macht in sich vereint**. Die Menschen haben sich dieser Macht zum **Schutz ihres eigenen Lebens** unterworfen. Leicht erweitert findet man diese Begründung einige Jahrzehnte später bei **John Locke**, der in seinen Two Treaties of Government argumentiert, dass die Aufgabe des Staates nicht nur die Sicherung von Leib und Leben sei, sondern auch die **Sicherung von Freiheit und Eigentum**. An diesen Grundpfeilern der Staatstheorie aus dem 17. Jahrhundert habe sich im Prinzip bis heute nicht viel geändert.

Dr. Leese betonte, dass der Staat auch heute die Aufgabe habe, **unser Leben zu schützen, unsere Freiheit zu sichern und unser Eigentum zu schützen**. Die Bürgerinnen und Bürger stehen dem Staat daher weitreichende Rechte zu, vor allem die Rechte zur Erhaltung und Durchsetzung unserer körperlichen Unversehrtheit, unserer Freiheit und unseres Eigentums. Diese Eingriffe müssen allerdings sorgfältig begründet sein, wobei es **staatlichen Institutionen vorbehalten** ist, diese zu definieren. Es besteht also ein **staatliches Gewaltmonopol**, wobei der Staat das notwendige Fingerspitzengefühl haben muss, Eingriffe nur in begründeten Fällen durchzuführen. Ebenso sind die staatlichen Institutionen **gegenüber der Öffentlichkeit zu Transparenz und Rechenschaft** verpflichtet.

### Arbeitsteilung im Bereich Sicherheit im Wandel der Zeit

Dr. Leese führte anschliessend aus, dass **Sicherheit - historisch betrachtet - nie ausschliesslich dem Staat vorbehalten** war. Ganz im Gegenteil: Private Dienstleister zum Schutz von körperlicher Unversehrtheit, Eigentum und zur Durchsetzung von Recht und Gesetz gab es schon früher. Im alten Rom war es beispielsweise üblich, dass Geschäfte von Privatpersonen geschützt wurden. Auch in Frankreich und England gab es im 16. Jahrhunderts bereits sogenannte „**thief takers**“, die als eine Art Privatpolizei fungiert haben. Dr. Matthias Leese erinnerte auch an die private Detektiv- und Sicherheitsagentur **Pinkerton Detective Agency** sowie auch auf die **Kopfgeldjäger des Wilden Westens**. Er stellte fest, dass historisch betrachtet, private Sicherheitskräfte immer dann eine prominente Rolle des spielten, wenn staatliche Organe **ihre Sicherheitsaufgabe nicht wahrnehmen konnten oder wollten**, beispielsweise weil die Ressourcen fehlten oder wenn ein grosses Ungleichgewicht zwischen Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung und dem staatlichen Sicherheitsangebot bestand. Solche Konstellationen sind historisch beobachtbar in Krisensituationen oder auch in dünnbesiedelten Räumen.



Im Laufe der Zeit habe sich die **Branche der privaten Sicherheitsdienstleistungen** zunehmend **professionalisiert** und **spezialisiert**, führte Dr. Leese weitere aus, wobei es einen ersten Schub im angelsächsischen Raum nach dem 2. Weltkrieg gab. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde diese Entwicklung zusätzlich begünstigt durch die Liberalisierungswelle in Europa, die getrieben wurde von der Annahme, dass Marktmechanismen Dienstleistungen effizienter und kostengünstiger gestalten können. Daraus resultierte eine Privatisierung staatlicher Infrastrukturen und Aufgaben in vielen Bereichen. Dr. Matthias Leese zog hierzu das Beispiel der Passagierkontrolle am Flughafen herbei, dessen Entwicklung in Bezug auf neue Technologien, neue Gesetzgebung und die zunehmende Delegation an private Akteure er in der Vergangenheit persönlich untersucht hatte. Dabei erkannte er, dass **viele Aufgaben, die früher hoheitliche Aufgaben waren, immer stärker an private Dienstleister übertragen werden.**

Dabei ergäben sich **neue, interessante Konstellationen in der Akteurslandschaft**, indem staatliche Kompetenzen an private Akteure übertragen werden und diese Handlungen durchführen dürfen, die z.B. in die Privatsphäre oder die Intimsphäre der Passagiere eingreifen. Daher sind in der Praxis am Flughafen hinter der Kontrolllinie immer auch bewaffnete Bundespolizisten anwesend, die das staatliche Monopol ausüben können. In der Regel beaufsichtigen sie aber nur die Arbeit der privaten Dienstleister.

### Rowing and Steering

In der wissenschaftlichen Literatur wird dieses Verhältnis und Zusammenspiel zwischen privaten und staatlichen Sicherheitsakteuren mit dem Bild von Rudern („rowing“) und Steuern („steering“) veranschaulicht. Der **Staat** behält die **Verantwortung**, während **einfache und arbeitsintensive Tätigkeiten delegiert** werden können. Dabei können sich komplexe Beziehungen ergeben, wie im Fall der **Frage nach der Unterscheidung zwischen öffentlichem Raum und privaten Raum**. Grundsätzlich ist für die Sicherung des öffentlichen Raums der Staat zuständig, während die Eigentümer von Privaträumen deren Sicherung übernehmen. Allerdings gibt es heute zahlreiche **hybride Räume**, die bspw. in privater Hand sind, aber gleichzeitig öffentlich zugänglich sind. Bahnhöfe, Flughäfen und Einkaufs- und Sportzentren sind klassische Beispiele hybrider Räume. Diesbezüglich stellt sich die Frage, wer – und wie – für deren Sicherheit zuständig ist, welche zusätzlich verkompliziert wird durch das berechnete Interesse des Staates an funktionierenden Infrastrukturen. Ausserdem müsse geklärt sein, welche **Aufgaben überhaupt an private Sicherheitsdienstleister delegiert werden dürften.**

Dr. Matthias Leese zufolge kann man **innere Sicherheit** grundsätzlich in **Prävention und Strafverfolgung** aufteilen, wobei das Hauptaugenmerk hier auf der Prävention liegt und weniger auf dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit und mehr auf der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und dem Schutz von Eigentum. Er führte diese Überlegungen anhand eines vergangenen Besuches in der **Einsatzzentrale der Securitas** in Bern aus, wobei er betonte, dass viele Aufgaben moderner, privater Sicherheitsdienstleister mittlerweile aus der Ferne mit der Hilfe von Kameras und anderen Sensoren erfüllt werden. Die Tatsache, dass im Falle eines registrierten Einbruches die Polizei hinzugezogen werden muss, zeigt wiederum, dass **vielfältige Aufgaben an private Akteure delegiert** werden können, wobei das **Gewaltmonopol des Staates** in der Regel **intakt** bleibt.

### Tipping Point in der Sicherheitsbranche

Als nächstes stellte sich Dr. Matthias Leese die Frage, wie die Lage in der Schweiz heute aussehe. Der **private Sicherheitssektor** sei seit Jahren ein **Wachstumssektor**, wobei dies unter anderem auf den international – vergleichsweise - niedrigen Polizeistand in der Schweiz zurückzuführen sei. Aktuell gibt es ca. **900 registrierte, private Sicherheitsfirmen** mit rund **22'000 Angestellten**, wobei **2015** der „**tipping point**“ erreicht wurde, d.h. die Mehrheit der Sicherheitskräfte besteht aus privaten Anbietern.

Die Auftraggeber von privaten Sicherheitskräften sind vor allem **Privatpersonen und Firmen**, aber zunehmen auch Kantone, Gemeinden und der Bund. Die Aufgaben von privaten Sicherheitsakteuren umfassen **primär Prävention**, d.h. Patrouillen und Markierung von Präsenz, aber auch bspw. die Bewachung von Gefangenentransporten oder die Ausstellung von Verkehrsbussen.

Für die Wissenschaft seien diese Entwicklungen sehr spannend, betonte der Sicherheitsforscher. Das Verhältnis von Sicherheitskräften in einem modernen Staat sei genau deswegen so spannend, weil es sehr fundamentale Fragen betreffe, u.a. die Frage nach der **Legitimation von staatlichem Sicherheitshandeln**, dem **Verhältnis zwischen Bevölkerung und Staat**, etc. Deshalb seien diese Fragen immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten. Aus Sicht der Bevölkerung ist es beispielsweise nicht einfach, zwischen privaten und anderen Sicherheitsakteuren zu unterscheiden. Zudem bleibt die Frage, was darf ein Privat-Angestellter alles tun darf? Rechtlich gibt es hierzu leider immer noch **Graubereiche**. Erschwerend kommt dazu, dass **Kompetenzen** massgeblich davon abhängen, ob die Interaktion in einem **privaten oder öffentlichen Raum** stattfindet. Auf privatem Gelände dürfen private Anbieter unter Umständen sogar Waffen tragen. Zudem gilt das Hausrecht. Weiterhin sei zu bedenken, ob man im Rahmen einer kommerziellen Veranstaltung stillschweigend sein Einverständnis abgegeben habe, dass man von privaten Dienstleistern kontrolliert oder weggewiesen werden könne. Wenn diese Punkte bereits aus **juristischer Perspektive Fragen aufwerfen**, so sind sie für **Bürgerinnen und Bürger kaum zu beantworten**.

Im Anschluss an diese Ausführungen wandte sich Dr. Matthias Leese einer weiteren Problematik aus der Sicht des Staates zu: **Sicherheitsaufgaben** seien in der Regel **sensible Tätigkeiten**, die gut begründet sein müssen und **gut ausgebildete Fachkräfte** verlangen. Mitarbeiter von privaten Anbietern durchlaufen hingegen eine **vergleichsweise begrenzte Ausbildung**, wobei es keine einheitlichen **Ausbildungs- und Qualitätsstandards** gibt. Der starke Konkurrenzdruck unter den Anbietern führt zu vergleichsweise schlechten Löhnen und Arbeitszeiten, was wiederum zu einer **hohen personellen Fluktuation** führt.

Insgesamt sorgen diese Faktoren für ein gesteigertes Risiko, dass private Sicherheitskräfte wissentlich oder unwissentlich ihre Kompetenzen übersteigen oder das notwendige Fingerspitzengefühl nicht mitbringen. Er betonte allerdings, dass man nicht alle über einen Kamm scheren könne und selbstverständlich nicht alle privaten Anbieter schlechte Arbeit machen, ganz im Gegenteil. Die meisten verhalten sich vorbildlich und verantwortungsvoll und bilden ihr Personal gut aus. Insgesamt ist die Forschung hierzu aber eindeutig, wobei auch international überall dieselben Probleme auftreten.

### „Eine Harmonisierung würde allen zugutekommen“

Aus den dargelegten Gründen plädierte Dr. Leese für eine **schweizweite Harmonisierung der Zulassungskriterien** für private Sicherheitsfirmen und ein **einheitliches definiertes Aufgaben- und Pflichtenheft**. Dies würde seiner Meinung nach helfen, die teilweise komplexen Sachlagen für die Bevölkerung einfacher verständlich zu machen und für Klarheit bei kantonalen und kommunalen Behörden sorgen. Damit liesse sich auch eine Lücke schliessen, die momentan aufgrund des Binnenmarkt-Gesetzes besteht, indem zugelassene Anbieter berechtigt sind, schweizweit Aufträge anzunehmen und durchzuführen.

Die Idee vom Regulierungsbedarf stamme nicht von ihm, führte er aus. Vielmehr wurde der Regulierungsbedarf bereits 2004 im Rahmen des Projekts **„Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit der Schweiz“** (USIS) identifiziert, wobei sich im Grunde auch die meisten Stakeholder, angefangen von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) über den Verband Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) bis zu den Branchenverbänden, in der Schweiz einig sind, dass es diesen Bedarf gibt.



Dennoch sind alle **bisherigen Regulierungsversuche gescheitert**. Auf kantonaler Ebene wurde **2010** nach Westschweizer Vorbild ein **Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen** lanciert, wobei nicht alle Kantone hinter diesem Konkordat standen (Bern und Zürich), was wiederum dazu geführt hat, dass das Konkordat **2017 wieder sistiert** wurde. Auf Bundesebene wurde **2019** ein neuer Versuch gestartet, als die **Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates** ein entsprechendes **Gesetz** eingebracht hatte. Dieses schaffte es aber nicht durch die **Vernehmlassung im Parlament**. Die Gründe hierfür waren Dr. Matthias Leese aber nicht bekannt. Aus einer externen Perspektive verwundere es aber doch ein wenig, dass trotz klarer Sachlage und dem Einverständnis wichtiger politischer Akteure kein politischer Kompromiss zustande gekommen sei.

Dr. Matthias Leese beendete sein aufschlussreiches Referat mit dem folgenden Fazit: „**Private Sicherheit** hat in der Gesellschaft schon immer eine **wichtige Rolle** gespielt, historisch bis heute. Das Wachstum der letzten zehn Jahre lässt aber darauf schliessen, dass private Sicherheit zukünftig noch eine wichtigere Rolle spielen wird. Umso mehr würde eine **Harmonisierung allen zugutekommen** und die Frage nach dem **Verhältnis von Staat und Sicherheitskräften** klären.“

### Herausforderungen und Trends für moderne Sicherheitskräfte

Als zweiter Speaker referierte **Thomas Würigler**, ehemaliger Kommandant der Kantonspolizei Zürich und heute Partner bei Umbricht Rechtsanwälte. Er begann sein Referat zur **Perspektive der Polizei** mit einem Verweis auf die virale Sensation der Kantonspolizei Zürich, der Tetris Challenge, bei der die Inhalte eines Polizeiautos veranschaulicht wurden. Er betonte, er wolle und könne in der kurzen Zeit dieses Referates keine Auslegeordnung der Schweizer Polizeilandschaft machen, sondern sich vielmehr auf die aus seiner Sicht wichtigsten Herausforderungen beschränken und seine persönlichen Ansichten hinsichtlich Weiterentwicklung darstellen.

Thomas Würigler zeigte sich in vielen Punkten einig mit seinem Vorredner. Das **Thema Sicherheit** bewegt die **Bevölkerung** und ist wichtig für das Gedeihen der **Schweizer Gesellschaft**, des **Wirtschaftsstandortes** und der ganz **persönlichen Sicherheit der Menschen** in der Schweiz. Verschiedene Akteure spielen dabei wichtige Rollen, unter anderem eben auch die privaten Sicherheitskräfte. Der ehemalige Kommandant erläuterte, dass die die Polizei in der Schweiz, über **25'000 Mitarbeitende** verfügen, von denen nicht alle ausgebildete Polizisten seien. Er betonte auch, dass die **Polizeidichte** in der Schweiz **nicht so dramatisch** sei, wie immer wieder gesagt werde. Es gebe in der Schweiz grosse Unterschiede zwischen den Kantonen, aber grundsätzlich sei man nicht weit entfernt von der EU, die im Übrigen auch von Land zu Land grosse Unterschiede aufweise. Will man die Schweiz mit anderen Ländern



vergleichen, so muss man verschiedene Faktoren einrechnen, so vor allem auch die **Indikatoren für objektive und subjektive Sicherheit**, bei denen die Schweiz ganz oben steht. Ganz allgemein steht die Schweiz gut da. Man habe eine Kriminalität, die in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen sei, und ein hohes Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, führte Thomas Würgler aus. Die Besonderheit der Schweiz sei die **relativ komplexe Sicherheitslandschaft**, die aus allen **föderalen Ebenen** und **verschiedenen Institutionen** bestehe. Man kann daher feststellen, dass wenn so etwas Kompliziertes funktioniert und zu einer hohen Sicherheit führt, auch das System funktioniert. Dennoch stelle man fest, dass in der Schweiz im Bereich Sicherheit ein sehr **hoher Koordinationsbedarf** bestehe. Thomas Würgler sieht keine **grossen Abgrenzungsprobleme im Bereich Kompetenzen**, aber kontestiert in der Praxis einen sehr hohen Koordinationsbedarf über alle Grenzen hinweg, seien es Kantone, Bund, Städte, aber auch Private und somit eine **intensive Sicherheitsarbeit**.

### Herausforderungen von Digitalisierung hin zur Krisenbewältigung

In Bezug auf die Herausforderungen, in der schweizerischen Sicherheitslandschaft, erklärte Thomas Würgler, dass er vor zwei Jahren wahrscheinlich noch die **Terrorgefahr** aufgeführt hätte. Heute denkt er, dass man diese sehr schwierige Situation in der Schweiz mit **vereinten Kräften** und einem **grossen Effort in den Bereichen Material, Ausbildung, Informationsabgleich** und vor allem auch im **präventiven Bereich** gut bewältigt habe. Terrorismus sei ein Phänomen, das sich nie ganz von der modernen Gesellschaft fernhalten lässt, aber im Moment zähle es **nicht mehr zu den Top-Herausforderungen**.

Vielmehr sieht Thomas Würgler die **Digitalisierung als oberste Herausforderung**. Dieser gesellschaftliche Trend bietet viele Chancen, auch bei der Polizei, aber natürlich auch Gefahren. Die Digitalisierung und daraus entstandene, neue Technologien haben die **Kriminalität verändert**. Man könne heute nicht zwischen einer virtuellen und einer physischen Kriminalität unterscheiden, vielmehr hat man eine **moderne Kriminalität**, die aber wesentlich davon geprägt ist, was **virtuell läuft**.

Diese Dynamik hänge zusammen mit der zweiten identifizierten Herausforderung, insbesondere mit **der grenzüberschreitenden Kriminalität**. Die grenzüberschreitende Kriminalität zusammen mit der Geldwäscherei stelle eine der grossen Herausforderungen für den Standort Schweiz dar, die man sehr ernst nehmen müsse. Dies sei eine Frage, wo nicht bloss der Staat gefordert ist, sondern auch der **Privatsektor**.

Ausserdem stufte er **Gewalt gegen Frauen und Minderheiten** als Gefahr ein, welche alle Menschen in der Schweiz beschäftige. „Wenn man hier keine Antwort findet, ist es nicht einfach nur eine Herausforderung, dann wird es zu einem **Problem**“, stellte Thomas Würgler fest. Dabei sei festzuhalten, dass es nicht nur ein Thema für die Polizei sei, sondern vielmehr ein **gesamtgesellschaftliches Thema darstelle**. Zudem könne man nicht immer unterscheiden, ob es sich um ein Polizeithema handelt oder die Thematik einen anderen Ursprung hat. Es hänge letztendlich alles von der **Haltung der Gesellschaft** ab, in dem die Polizei letztlich nur ein Element im ganzen (Werte-)System Schweiz sei.

Als weitere Herausforderung sprach Thomas Würgler Krisensituationen an, **überraschende und umwälzende Krisen** ganz allgemein; dazu zähle auch die **Covid-Pandemie**. In diesem Zusammenhang nannte er auch die **Meinungspolarisierung** als Herausforderung, welche gerade aus Sicht der Polizei anspruchsvoll sei, da es Aufgabe der Polizei ist, mit der gesamten Bevölkerung in Kontakt zu treten. In diesem Kontext könnten **existierende Filterblasen**, bzw. „**gesellschaftliche Teile, die sich abschotten und nur eigene Wahrheiten kennen**“, für die Gesellschaft gefährlich werden, wie auch Beispiele aus dem Ausland zeigten.

Zum Abschluss der Herausforderungen, die er aus modernen, gesellschaftlichen Trends ableitete, kam Thomas Würigler auf den für ihn wichtigsten Punkt zu sprechen: „**Der herrschende Anspruch auf umfassende Sicherheit, der heute das gesellschaftliche Denken prägt**“. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Fall der Kindermörderin in Flaach, ZH, bei welchem sogar die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) beschuldigt wurde, nicht rechtzeitig eingegriffen zu haben. „**Heute haben die Menschen den Eindruck, dass der Staat alles Unheil abwenden könne.**“ Der ehemalige Kommandant sprach in diesem Zusammenhang von einer „risikoaversen Gesellschaft“, die, wenn man das Konzept in einer absoluten Weise weiterdenke, zu einer Herausforderung werde.

### Dilemmata der Schweizer Polizeiarbeit

Anschliessend kam Thomas Würigler auf die Dilemmata der Polizeiarbeit zu sprechen, mit denen sich die Schweizer Polizei konfrontiert sieht. Er begann mit der Feststellung, dass die **Polizeiarbeit immer lokal** ist. Gleichzeitig lebt man heutzutage in einer **Informationsgesellschaft**, d.h. ohne rechtzeitig zu den nötigen Informationen zu kommen, kann die Polizei **nicht intervenieren**. Aber mit **26 Kantonspolizeien** und über **100 eigenständigen Corps** stelle der **rechtzeitige Informationsfluss** in der Zukunft effektiv ein grosses Problem dar, welches die Polizei zusammen mit der Politik erörtern und lösen müsse.

Weiter erwähnte Thomas Würigler, das Dilemma zwischen **Krisenbewältigung und Föderalismus**. Als Leiter der Krisenorganisation im Kanton Zürich während der ausserordentlichen Lage im Rahmen der Pandemie habe er dies selbst erfahren. Damals hätten die Krisenstäbe grundsätzlich gut gearbeitet, doch die Koordination zwischen Bund und Kantonen und zwischen den Kantonen sei anspruchsvoll gewesen. Namentlich die Krisenbewältigung im Bund sei aber ein Problem und sei doch bemerkenswert, dass man die Lehren aus der Sicherheitsverbandsübung, der SVU 19 – der Übungsleiter aRR Hj. Käser sei hier und könne das gewiss bestätigen – nicht umgesetzt habe.»

Als drittes und letztes Dilemma hob Thomas Würigler das **ureigene Spannungsverhältnis der Polizei als Dienstleisterin und der Gefahrenabwehr hervor**. Heute bewegt sich die Polizei im **Dienstleistungsumfeld**, das von der Bevölkerung erwartet wird. Trotzdem muss sie aber immer auf „**stand-by**“ sein und mit **jeder Eskalation** rechnen, was wiederum grosse Auswirkungen hat auf die Ausbildung und die Zusammensetzung der Polizei habe.

### „Die Bevölkerung erwartet einen Leistungsverbund“

Nach den genannten Herausforderungen und Dilemmata der Polizeiarbeit formulierte Thomas Würigler einige weiterentwickelnde Thesen. Die erste These basiert auf der Tatsache - was die Mehrheit der Schweiz verkennt -, dass man sich in einem **Kriminalitätsraum Schweiz** befindet. Es sei ein verlorener Kampf, wenn sich die Kantone bei der **Bekämpfung der Kriminalität nicht koordinieren**. In diesem Sinne müsse man bei der Kriminalitätsbekämpfung und vielleicht sogar im präventiven Bereich dazu übergehen, einen **Leistungsverbund** zu schaffen. Dies meine, dass die Bevölkerung eben eine gewisse Leistung und entsprechende Wirkung von der Polizei erwarte i.S. von mehr Sicherheit und dass es letztlich unerheblich sei, wer diese erbringe.

Zudem sollten nach Meinung von Thomas Würigler (vermehrt) **neue Technologien** eingesetzt werden. Während bereits entsprechende Grossprojekte existieren, hat man oftmals mit der Finanzhoheit der Kantone zu kämpfen, aber auch mit der Problematik, wie die Politik die guten Ergebnisse in den Kantonen gesamtschweizerisch für sich nutzen kann. Für ihn ist klar, dass man hier „**einen grossen Schritt nach vorne** machen muss“.

Ausserdem müsse im Bereich **Gewaltschutz**, den in vielen Kantonen bereits gegangene Weg Richtung Bedrohungsmanagement konsequent fortgesetzt werden Dies bedeute, Prävention als Verhinderung

von Gewalt zu betrachten, sodass der Fokus darauf gelegt werde, dass sich die Gefahr nicht realisiere bzw., dass eine Tat verhindert werden könne. In diesem Sinne spreche er nicht gerne von Prävention, sondern von „**präventiver Intervention**“.

Im Bereich der **Krisenbewältigung** forderte Thomas Würgler die **Führung des Bundes und Kantone** auf, diese zu stärken und **intensiver zu koordinieren**. Hierzu gebe es Modelle, wie man Gremien bilden könne, um in Krisenfällen rasche Entscheide zu fällen. In dieser Hinsicht sieht der ehemalige Kommandant die gesamte Politik unter Zugzwang und ortet entsprechenden Handlungsbedarf auch bei der Polizei, wobei man bei der Polizei grosse Fortschritte gemacht habe – angefangen beim WEF sowie auch im Rahmen der Sicherheitsverbundübungen 2014 und 2019. Er endete seine Ausführungen mit der Forderung: „**Wichtige Schritte sind gemacht worden, aber diese Schritte muss man konsequent weitergehen. Die Bevölkerung erwartet auch hier letztlich einen Leistungsverbund**“.



v.l.n.r.: Dr. Matthias Leese (CSS), Moritz Oberli (EY), Fredy Müller (FSS), Thomas Würgler (Umbricht Rechtsanwälte), Eva Hürlimann (Vivacitas), Armin Berchtold (VSSU)

### Wann fühlt man sich sicher?

**Fredy Müller** (Geschäftsführer FSS) eröffnete die Podiumsdiskussion mit der Frage, wie und warum man sich sicher, oder eben nicht sicher fühle. **Moritz Oberli** (EY) meinte, dass Sicherheit stets ein subjektives Gefühl sei. Zum Beispiel, wenn man am Abend ohne Probleme nach Hause gehen könne auch zu Fuss, ohne sich in Gefahr zu fühlen. **Armin Berchtold** (Präsident VSSU) pflichtete dem bei. Er habe selbst drei Jahre in Paris gelebt und habe dort mit amerikanischen Kollegen gesprochen und ihnen erzählt, dass Kinder in der Schweiz allein auf den Schulweg gehen, was in den USA unvorstellbar sei. «**Wir leben in einem unglaublich sicheren Land** gerade im weltweiten Vergleich zu anderen Ländern.»

Anschliessend kam er noch kurz auf die Zahlen zu sprechen, welche Dr. Matthias Leese eingangs erwähnte hatte.<sup>1</sup> **Eva Hürlimann** (Vivacitas) erklärte, dass viele Leute und Firmen erst dann ein

<sup>1</sup> Der Präsident der Schweizer Sicherheitsunternehmen betonte, dass die private Sicherheitsbranche etwa 820 Firmen in der Schweiz, mit etwa 14'000 Vollzeitstellen umfasse. Der VSSU repräsentiert etwa 100 dieser Firmen und damit 85% der Angestellten des privaten Sicherheitsdienstleistungssektors. Der VSSU repräsentiert auch die grössten Firmen der Branche und ist ein echtes Sprachrohr



«Sicherheits-Seminar» bei ihrem Institut buchen, wenn schon etwas passiert ist. Dann ist die Motivation besonders hoch, sich mit dem Thema Sicherheit/Prävention ernsthaft auseinander zu setzen. Fredy Müller wollte anschliessend wissen, was der Unterschied zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit ist. **Thomas Würgler** machte klar, dass **objektive und subjektive Sicherheit nicht immer übereinstimmen** müssen. Oft werde durch die **mediale Berichterstattung die Aufmerksamkeit auf Phänomene** und Gefahren gelegt, über die überproportional berichtet werde, was wiederum zusätzliche **Unsicherheit** erzeugen könne.

Fredy Müller wollte deshalb von Dr. **Matthias Leese** (CSS) wissen, inwiefern **Bürger** selbst etwas für die Sicherheit tun können und wie dies in der Forschung berücksichtigt wird. Matthias Leese betonte, dass **Sicherheit schwer zu messen** sei, gerade in Bezug auf bestimmte Kriminaldelikte. Es gab beispielsweise vor einigen Jahren mehr Wohnungseinbrüche. Daraufhin sei die Prävention verstärkt worden und die Zahlen gingen zurück und die objektive Sicherheit stieg. Wissenschaftlich ist dennoch unklar, aber ob dies wirklich an den Präventionsmassnahmen lag oder ob nicht andere Effekte für den Rückgang verantwortlich waren. Die Beteiligung der Bevölkerung sei aber wichtig. Gerade **bei der Präventionsarbeit** durch die Polizei **werde der Bürger stark einbezogen**. Es gibt häufig Informationskampagnen wie sich Bürger beispielsweise vor einem Wohnungseinbruch schützen können, indem etwa gekippte Fenster zu schliessen sind. Solche Faktoren spielen eine Rolle und werden in der **Forschung auch berücksichtigt**.

**Moritz Oberli** stimmte seinem Vorredner zu. Er habe lange in den USA gelebt. Dort gebe es Quartiere, die man am Abend nicht besuchen sollte. Da wird man automatisch aufmerksamer und versucht sich als Person besser zu schützen. Eine kritische Risikobeurteilung in unserem Alltag, sollte für jedermann Pflicht sein, war sich **die Runde** einig, insbesondere auch angesichts der veränderten gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen.

Mehrere Studien in der Schweiz kommen zum Schluss, dass man sich in unserem Land sehr sicher fühlt. Dennoch gibt es grosse Herausforderungen. Thomas Würgler erwähnte, dass es bei der Polizeiarbeit zuerst darum gehe, welche Kriminalität man feststelle. Die **Kriminalität** habe sich **über die letzten Jahre verändert**. Die Treiber seien meist extern und stammen aus Gesellschaft oder technologischer Entwicklung. Damit müssen sich alle Sicherheitskräfte befassen. Es gehe nicht nur darum, Statistiken zu erfassen und zu analysieren, sondern auch **Trends und Entwicklungen zu erfassen** und die Mittel dementsprechend anzupassen. Das sei eine der grossen Aufgaben der Polizei.

Für die privaten Sicherheitskräfte gelte dasselbe, meinte Armin Berchtold: «Die gesamte Gesellschaft wandelt sich und es gibt heute leider **mehr Gewalt**.» Mit diesen Herausforderungen seien die Sicherheitskräfte täglich konfrontiert. Aus diesem Grund käme im Alltag immer mehr Technologie zum Einsatz. Die privaten Sicherheitskräfte würden nicht mehr mit Notizblock, sondern mit Tablets ausgestattet. Die **technologischen Entwicklungen** verändern dementsprechend auch die Anforderungen an Sicherheitskräfte, die immer flexibler werden müssten.

**Eva Hürlimann** zeigte sich auch über die Veränderung erfreut, dass **immer mehr Firmen** sich trauen, in den **Bereich Sicherheit zu investieren**. Viele würden dies inzwischen auch öffentlich machen. Denn man dürfe heute kommunizieren, dass eine Firma oder Organisation in **Prävention und Kommunikation investiert**. Früher sei dies Tabu gewesen, weil der Eindruck herrschte, man habe ein Problem. Eva Hürlimann betonte, dass der erste Schritt zur Lösung, stets das Eingeständnis sei, dass man ein Problem habe bzw. Gefahren erkenne. Erst dann könne man daran arbeiten.

### Gewalt als soziales Problem

Das nächste Themenfeld drehte sich um das Phänomen Multikulturalismus und die Frage, ob dies zu mehr Gewalt führe. Dr. Matthias Leese erklärte, dass **Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

sei. Bei der Herstellung von Sicherheit verfüge man über mehrere Werkzeuge. Man könne repressiv, präventiv oder ursachenorientiert wirken. Das bedeute entweder möglichst hart zu bestrafen, versuchen Straftaten zu verhindern oder die Gründe, warum Menschen straffällig werden zu bekämpfen. Die Forschung zeige hier deutlich, dass **Straftaten in gewissen Deliktbereichen stark mit dem Bildungsniveau zusammenhängen**. Manche Menschen haben die Chance, einen guten Job und damit einen gewissen gesellschaftlichen Status zu ergreifen. Viele Menschen würden dies aber nicht schaffen. Man könne auch versuchen, einen kausalen Zusammenhang zur Migration zu ziehen. Denn viele Geflüchtete bringen nicht die «Tools» mit, um sich erfolgreich in der Gesellschaft einzubringen. So gebe es eine erhöhte Chance auf die schiefe Bahn zu geraten, dies bestätigten auch wissenschaftliche Untersuchungen. Dieser kausale Zusammenhang schein ihm aber nicht sehr wahrscheinlich. Am Ende sei der richtige **Mix** entscheidend und dies sei Aufgabe der gesamten Gesellschaft und keine Aufgabe einer einzelnen Behörde.

Moritz Oberli bekräftigte das Votum des Vorredners und erklärte, dass die **Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren**, wie Behörden, Lehrkräften, Sozialarbeitern, Sicherheitskräften etc. einen bewährten Lösungsweg darstelle. Diese klappe in der Schweiz sehr gut und helfe diese Problematik rechtzeitig und erfolgreich anzugehen. Thomas Würigler ergänzte, dass die Stichwörter Kriminalität und Migration nicht zusammengehören. Die Ursachen von Kriminalität seien wie erwähnt eher **Bildungs- und soziale Fragen**. Die Polizei habe die Aufgabe, mit allen Teilen der Gesellschaft in Kontakt zu treten und auf Augenhöhe begegnen zu können. Die Schweiz habe einen Ausländeranteil von knapp 25% und noch mehr Bürger mit Migrationshintergrund. Mit dieser Realität müsse man arbeiten und wie die Statistiken zeigen, funktioniere das auch gut.

Fredy Müller sprach anschliessend das Thema **innere Sicherheit** an. Er fragte die Panel-Teilnehmer, wie weit darf der Staat gehen dürfe, um Law and Order durchzusetzen. Thomas Würigler meinte, innere Sicherheit sei sehr komplex, da viele Player involviert seien. Es gebe viele Schnittstellen zwischen Bund und Kantonen und die habe man gut gelöst. Die Zusammenarbeit funktioniere gut, aber schlussendlich ist die Frage der **inneren Sicherheit eine Frage für die Kantone**. Das allein reiche aber nicht aus, denn es gebe **zahlreiche Kooperationen**. Armin Berchtold pflichtet dem bei und erklärte, dass die Koordination **und die Zusammenarbeit zwischen Privaten und der Polizei hervorragend funktioniere**. Es seien lediglich Ausnahmen, bei denen es Probleme gebe. Ohne Private wäre beispielsweise der Biden-Putin Gipfel in Genf nicht möglich gewesen. Denn die tadellose Zusammenarbeit zwischen, Armee, Polizei und privaten Sicherheitskräften sei bei solchen Grossveranstaltungen essenziell, hielt der Präsident des VSSU fest: «Während der drei Tage des Biden-Putin Gipfels haben die privaten Sicherheitskräfte insgesamt 10'000 Arbeitsstunden geleistet. Die meisten dieser Stunden sind sogar im Auftrag der Polizei geleistet worden». Diese Erfahrung zeige, dass es gut funktioniere. Seine Branche habe lediglich das Problem, dass die **kleineren Betriebe der Branche oft durch die Maschen fallen**.

Als nächstes kam die Frage auf, inwiefern auch die **sprachliche Kompetenz für Sicherheitskräfte** wichtig sei. Gerade in der Schweiz sind neben den vier Landessprachen auch Sprachen, wie albanisch, englisch oder portugiesisch wichtig. Moritz Oberli hielt fest, dass sie bei der Erarbeitung der Studie «Sicherheit in einer vernetzten Welt» (2019) zwar nicht direkt nach Sprachkompetenz gefragt hätten, aber dies sei natürlich eine **wichtige Fähigkeit**, gerade in Schlüsselmomenten, wenn Sicherheitskräfte zum Einsatz kommen. Thomas Würigler ergänzte, dass insbesondere in einem Kanton wie Zürich mit einem internationalen Flughafen sprachliche Fähigkeiten gefordert seien. Sprachen wie englisch, französisch oder auch italienisch seien eine wichtige Fähigkeit und würden immer mehr zu einer Voraussetzung. Die meisten Polizisten beginnen ihren Beruf im Alter von etwa 25 Jahren. Da müsse man einiges mitmachen und es **brauche eine ständige Weiterbildung sei dies im sprachlichen oder im technologischen Bereich**. Zudem hielt er fest, dass die Zusammenarbeit verschiedener Player im Wesentlichen gut funktioniere.

### Die Schweiz als Musterschüler

Dr. Matthias Leese wurde anschliessend gefragt, inwiefern die Schweiz für andere Länder ein Vorbild im Bereich dezentrale Organisation darstelle. Er zeigte auf, dass die Schweiz mit ihren **geographischen und politischen Herausforderungen hervorragend umgehe**. Die Schweiz mit **ihrem föderalistischen System besitze auf allen Ebenen zwar einen sehr hohen Koordinationsbedarf**. In anderen politischen Organisationsformen wie beispielsweise im zentralistischen Frankreich können wesentliche Bereiche einfacher reguliert werden. Man stelle aber fest, dass in der Schweiz viel Koordination passiere, um dem ständigen und hohen Koordinationsbedarf gerecht zu werden. Er habe die letzten Jahre in einem Programm gearbeitet, welches versuchte anhand von Algorithmen Kriminalakte vorherzusagen, um neue Formen von Prävention zu testen. Dabei habe er festgestellt, dass die **Datenlage häufig an der Kantonsgrenze aufhöre**, weil nicht alle Kantone die gleiche Software nutzen. Die Kantone sollten sich dementsprechend noch besser koordinieren, indem sie beispielsweise die gleiche Technologie nutzen und Daten noch regelmässiger austauschen sollten. Dennoch sei die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern in diesem Bereich ein Musterknabe.

Moritz Oberli gab Matthias Leese Recht, dass der Datenaustausch nicht an den Kantonsgrenzen aufhören dürfe. Gerade **im Digitalbereich gebe es einen grossen Nachholbedarf**: «Zum Zeitpunkt als wir die Studie erstellten, verfügten viele Kantone beispielsweise noch über gar keine Cyberkräfte.» Moritz Oberli lobte die Schweiz dagegen, dass unser Land gerade **im Bereich Community Policing internationaler Spitzenreiter** sei. Dies bedeute, dass die Polizei sehr «Bürger-nah» aufgestellt sei. Als Musterbeispiel nannte er die Gemeinde Entlebuch, wo es in jedem grösseren Ort einen Polizeiposten gibt und die Ortspolizisten den Vorteil haben, dass sie Ihre Bevölkerung kennen. «Das ist ein unschätzbare Vorteil in der heutigen Zeit», schloss der Co-Autor der Sicherheitsstudie.

Thomas Würzler pflichtete seinem Vorredner bei, gab aber zu bedenken, dass Community Policing ein Fachbegriff aus der Ausbildung sei, der die Polizeiarbeit in der Praxis nicht beschreibe und den er als nicht hilfreich einschätze, ebenso wenig wie der Begriff Dialogpolizei. «Als Kommandant hatte ich immer den Anspruch, dass ein Polizist einen Dialog führen kann. **Community Policing bzw. die Nähe der Polizei zum Bürger war für mein Korps eine Selbstverständlichkeit.**» Dr. Matthias Leese ergänzte, dass diese Debatte im deutschsprachigen Raum häufig für Verwirrung Sorge. Der Begriff stamme aus den USA und beschreibe den Zugriff auf spezifische, beispielsweise schwarze Viertel in grossen Städten, die mit sehr besonderen Problemen zu kämpfen haben. Eine solche räumliche und gesellschaftliche Segregation gebe es in der Schweiz gar nicht, weshalb sich solche theoretischen Modelle nur bedingt übertragen liessen. **Schweizer Polizisten gingen traditionell immer auf die Bürger zu** und versuchen auf Augenhöhe zu agieren. Armin Berchtold fügte an, dass gerade die Privaten häufig Kleinbetriebe sind und sich deshalb auch stets auf Augenhöhe mit den Bürgern bewegen. Community Policing sei gerade bei den Privaten Sicherheitskräften gelebte Realität.

### Kompetenzen von Privaten Sicherheitskräften

Danach stellte sich die Frage der **Kompetenzverteilung zwischen privaten und öffentlichen Sicherheitskräften** und der unterschiedlichen Ausbildungsstandards. Thomas Würzler meinte, es liege nicht an ihm, sich über die Ausbildung von Privaten zu äussern. Insgesamt sehe er die **unterschiedlichen Ausbildungsstandards aber nicht als grösseres Problem** an. Er sehe die Situation zum Beispiel unkritischer, als sie Matthias Leese in seinem Referat dargestellt habe. Für ihn seien die **Kompetenzen klar und nicht überschneidend**. Luftsicherheit sei beispielsweise durch das Luftfahrtgesetz privatwirtschaftlich geregelt, wie man es an Schweizer Flughäfen sieht. Hoheitliche Akte hingegen benötigten den Einsatz der Polizei. Armin Berchtold pflichtete Thomas Würzler bei. Er betonte zudem, dass **Private gar nicht dieselbe Ausbildung bräuchten, da viele private Sicherheitskräfte nur sehr spezifisch eingesetzt würden**. Zudem biete der VSSU mehrere

Weiterbildungen und Zertifizierungsmöglichkeiten an. Er hielt jedoch fest, dass private Sicherheitskräfte ebenfalls eine ausreichende Ausbildung benötigen. Insgesamt seien Private schlechter ausgebildet als die Polizei, aber in den meisten Bereichen sei das dennoch vollkommen vertretbar. Thomas Würzler meinte, dass die **Sicherheitskräfte jene Ausbildung** bräuchten, die sie **im Alltag während ihrer Tätigkeit auch benötigten**. Die Probleme lägen eher innerhalb der Polizeikorps selbst. Hier müsse klar geregelt werden, wer für welche Aufgaben verantwortlich sei. Es bestehe zudem das Problem, dass man **in gewissen Tätigkeitsbereichen auf die weniger lang ausgebildeten und damit günstigeren Polizeiassistenten/-innen setze. Das sei langfristig problematisch, da dies auf Kosten des eigentlich nötigen Aufwuchses bei den tatsächlichen Polizisten/-innen gehe.**

Moritz Oberli warf auch die Frage auf, wo genau die **Schnittstelle zwischen Privaten und Öffentlichen** liege. Gerade im **Cyberbereich** sehe er noch einige **Probleme**. Ein weiteres Thema war das Vertrauen in private Sicherheitskräfte, welches gemäss Studien hoch ist. Man sehe auch immer wieder, dass private Sicherheitsdienste häufig eine schwerere Ausrüstung tragen. Armin Berchtold machte klar: «Die Ausrüstung hängt klar vom Einsatz ab. Sicherheitskräfte, die bei einem Fussballspiel im Einsatz sind, tragen eine andere Ausrüstung und haben auch eine andere Ausbildung genossen als jemand, der auf einen nächtlichen Rundgang geht». Durch die **Medien** werde oft suggeriert, **dass Private immer in voller Montur** auftreten würden, was ein **falsches Bild** vermittele. Die privaten Sicherheitskräfte tragen nur die volle Ausrüstung, wenn der Einsatz dies auch erfordere. Die meisten Situationen könne man gar nicht mit Gewalt regeln, sondern die **Sicherheitskräfte müssten deeskalierend wirken**. Solche Situationen seien sehr stresshaft und es **brauche meist nicht Muskeln, sondern Gehirn**. Dieser Aspekt müsse auch in der Ausbildung berücksichtigt werden.

### Handlungsmöglichkeiten des Bürgers

Eva Hürlimann stimmte ihren Vorrednern zu, Polizei und Sicherheitskräfte leisteten einen grossen Einsatz, versuchten stets auf Augenhöhe zu agieren, dennoch geschehen immer wieder Delikte und Verbrechen. «Es ist natürlich nie möglich, eine **hundertprozentige Sicherheit** zu erreichen», betonte Eva Hürlimann, «und es ist **unrealistisch, dass die Polizei überall und immer vor Ort sein kann**». Wir leben zwar in einem sehr sicheren Land, aber dennoch müsse die Eigenverantwortung der Bürger noch mehr wahrgenommen werden.

Anschliessend erklärte Eva Hürlimann, was interessierte Kursteilnehmer in Ihren Seminaren lernen können. Um Übergriffe zu verhindern, müsse man sich zuerst bewusst werden, was in einem solchen Fall genau vor sich gehe und wie man sich richtig verhalten kann. Dabei sei wichtig, zu wissen, wie man sich **hinstellt**, wie man **kommuniziert** und **Sprache einsetzt**. Schlussendlich sei es auch wichtig, Situationen eins zu eins nachzuspielen und zu üben, um sich im Ernstfall bestmöglich wehren zu können. Eva Hürlimann führte dann aus: «Jeder **Konflikt ist in fünf Phasen** zu unterteilen und jede Gefahrensituation läuft ähnlich ab. Es beginnt mit der **Aufnahme des Blicks**, dem gegenseitigen Ansehen. Danach folgen das **Ansprechen** und das **Annähern**. Kurz vor der Eskalation kommt das **Anfassen**, wobei der Täter ausprobiert, ob er noch weiter gehen kann». Wichtig sei, dass man **während der ersten vier Schritte schon aussteigen könne, bevor es überhaupt zu Gewalt komme**. Bei Selbstverteidigung hingegen sei der Angriff schon passiert. Da habe die betroffene Person bereits vier Phasen verpasst, während der man hätte deeskalierend wirken können. Zudem helfe es stets ein aufmerksamer Mensch zu sein und sich der eigenen Umgebung bewusst zu sein. Das springende Punkt sei, dass jeder einen potenziellen Angriff managen oder ihn sogar bewältigen könne, ohne dass es zu Gewalt gekommen wäre, unterstrich Eva Hürlimann. Thomas Würzler ergänzte, dass dieses **deeskalierende Vorgehen auch das A und O der Polizeiarbeit sei**. Zudem wisse man, dass der **psychologische Aspekt** in den letzten 20 Jahren einen **erheblichen Teil in der Ausbildung und Weiterbildung** ausmache. Ohne diese Kenntnisse sei eine erfolgreiche Polizeiarbeit nicht möglich.



### Cyberkriminalität als neue Herausforderung

Abschliessend wurde der Themenkomplex **Cyber, Daten und Technologie** diskutiert. Moritz Oberli meinte, dass die Statistiken zeigten, dass die Anzahl an Verbrechen zurückginge, die **Anzahl an komplexen Verbrechen aber steige**. Man könne die Cyber-Thematik nicht von der normalen Kriminalität abtrennen. Durch die modernen Technologien könnten **Verbrechen viel schneller und vehementer geschehen**. Cyber verstärke dementsprechend den Angriff. Auch Matthias Leese ist überzeugt, dass der Digitalraum eines der Zukunftsthemen darstelle. Das bekannte **Bild der sicheren Schweiz** sei sehr schön, aber **lasse sich nicht auf den digitalen Raum projizieren**, weil man plötzlich der ganzen Welt gegenüberstehe. Diese Gefahr gelte für alle, Firmen, Bundesbehörden, Institutionen aber auch Privatpersonen. Plötzlich könne der Täter eben auch in Russland, China oder im Iran sitzen. Dafür müsse jeder Bürger Vorkehrungsmassnahmen treffen, um seine Identität im digitalen Raum zu schützen. Dies seien Themen, bei denen bei weiten Teilen der Bevölkerung noch die Sensibilität fehle. Oft sei es immer noch so, dass sich Firmen **erst Gedanken über Cybersicherheit machen, wenn sie Opfer eines Cyberangriffes geworden sind**. Gerade was den Mittelstand angehe, warte hier noch einiges an Aufklärungsarbeit. Thomas Würzler zeigte auf, dass der Kanton Zürich als erster Kanton eine Cybereinheit einführt. Man habe schon vor Jahren erkannt, dass sich die Kriminalität wandelt. Es gebe aber dennoch stets einen **Auslöser in der «realen Welt»**. Die moderne Kriminalität sei deshalb heute sehr viel vielschichtiger und komplexer als früher.

Man höre häufig den Aufruf, dass der Bund eine führende Rolle gegen Cyberkriminalität übernehmen solle. Dies hält Thomas Würzler in dieser absoluten Form für falsch. Die Bekämpfung der Cyberkriminalität sei Teil der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung und die sei Sache der Kantone. Zudem reiche es nicht aus, nur auf **Spezialisten zu setzen**. Die Spezialisten stellten die Speerspitze dar, aber die Aufgabe sei viel grösser, als dass sie nur von ein paar Spezialisten erledigt werden könne. Es gehe um die entsprechende Schulung aller Ermittler, ja sogar aller Frontpolizisten/-innen. Auch **Polizisten an der Front müssten heute viel breiter ausgebildet werden**. So müssten Polizisten beispielsweise bei einem beschlagnahmten Handy wissen, wie man dieses richtig behandelt und sicherstellt. Man könne den Spezialisten nicht für alles einsetzen. Der Polizist sei heute anders geschult als noch vor 5 Jahren. Armin Berchtold schloss mit dem Statement, dass **jede Firma ein potenzielles Opfer von Cyberkriminalität** werden könne. Auch in der privaten Sicherheitsbranche werde es in Zukunft noch mehr **grosse Unternehmen im Cyberbereich** geben, die Unternehmen und die öffentliche Hand bei der Cybersicherheit unterstützen könnten. Es brauche dabei in der Ausbildung aber neue Leute und neue Skills.